

# wirtschaft

FREITAG, 4. JANUAR 2013

22

## DIE ZAHL

# 160

Milliarden Dollar an Schäden haben laut einer Studie der Münchener Rück Naturkatastrophen im 2012 angerichtet. Alleine der Hurrikan Sandy in den USA verursachte versicherte Schäden von 25 Milliarden Dollar. «Ohne diesen aussergewöhnlichen Sturm wäre 2012 ein schadenarmes Jahr gewesen», bilanziert der Rückversicherer. 2011 hatten die schweren Erdbeben in Japan und Neuseeland die Schadenssumme auf den Rekordwert von 400 Milliarden Dollar steigen lassen. Im 2012 mussten Versicherer für 65 Milliarden Dollar Schäden einstehen, gut halb so viel wie im Vorjahr. Laut Studie starben 2012 bei Naturkatastrophen 9500 Menschen. Im Vorjahr waren es 27 200 gewesen. (dpa)

### Die fünf grössten Naturkatastrophen 2012 Schäden in US-Dollar

**Hurrikan Sandy, 24.–31. Oktober**  
USA, Karibik, 50 Mrd.

**Dürre, Juni–September**  
USA, 20 Mrd.

**Erdbeben, 20. Mai, 29. Mai**  
Italien, 16 Mrd.

**Überschwemmungen, 21.–24. Juli**  
China, 8 Mrd.

**Unwetter, Tornados 2.–4. März**  
USA, 5 Mrd.

## Buffett lässt die Sonne scheinen

**LOS ANGELES.** Der US-amerikanische Investor Warren Buffett setzt auf Sonnenenergie: Seine Beteiligungsgesellschaft Berkshire Hathaway übernimmt vom Unternehmen Sun Power das Solarprojekt Antelope Valley in Kalifornien. Der Verkauf spült Sun Power bis zu 2,5 Mrd. \$ in die Kassen. Das Projekt zum Bau von zwei Solaranlagen mit einer Leistung von 579 Megawatt sei das weltweit grösste Entwicklungsprojekt der Solarbranche, teilten die beiden Firmen mit. Der Bau der Solaranlagen soll bis Ende 2015 abgeschlossen sein. Der 82jährige Buffett, einer der reichsten Menschen der Welt, ist bekannt für seine Investitionen in Branchen, die andere Anleger scheuen. Seine Anlagestrategie gehört zu den erfolgreichsten überhaupt. Das neue Geschäft könnte daher das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der darbenenden Solarbranche stärken, die unter Überkapazitäten und Preisverfall leidet. (dapd)

## ASE-Fall wird teuer für Basler KB

**BASEL.** Der mutmassliche Anlagebetrugsfall um die ASE Investment AG kommt die Basler Kantonalbank (KKB) teuer zu stehen. Das Staatsinstitut nimmt angesichts der von Kunden erlittenen Verluste Rückstellungen von 50 Mio. Fr. vor. Laut KKB haben vermutlich strafbare Handlungen der ASE Investment über 500 KKB-Kunden geschädigt. Wegen der ASE-Affäre trat KKB-Chef Hans Rudolf Matter zurück. Der ehemalige Geschäftsführer der ASE Investment sitzt seit April in Untersuchungshaft. (sda)

## «Das Gesicht verloren»

Mit dem weitreichenden Geständnis hat die Bank Wegelin die gesamte Schweizer Finanzbranche bei den US-Behörden angeschwärzt, sagt **Peter V. Kunz**, Professor für Wirtschaftsrecht.

*Herr Kunz, Wegelin hat gestanden, US-Bürgern bei der Steuerhinterziehung geholfen zu haben. Sind Sie überrascht?*

**Peter V. Kunz:** Ich würde eher sagen, dass ich enttäuscht bin. Denn Wegelin hat nicht einfach nur ein Geständnis abgelegt, sondern ein schwerwiegendes Geständnis. Dies wertete ich aus zwei Gründen so: Die Bankleitung hat trotz früheren Bestreitungen die massiven Vorwürfe der US-Behörden nun bestätigt. Zugleich hat sie die Schuld nicht einfach irgendwelchen Angestellten gegeben, sondern die Mitwisserschaft des obersten Managements bestätigt und zugegeben, systematisch gehandelt zu haben.

*Was hat wohl den Ausschlag gegeben für dieses weitreichende Geständnis?*

**Kunz:** Das ist schwer zu sagen. Ich mache mir dazu zwei Überlegungen: Zum einen könnte das Management die Sache möglichst schnell vom Tisch haben wollen, kostete es, was es wolle. Zum anderen könnte sie auch einfach vor den US-Behörden kapituliert haben, um endlich einen Schlussstrich unter die Sache zu ziehen.

*Was spricht für die Kapitulation?*

**Kunz:** In der gestern publizierten Erklärung der Bank steht, dass ein solches kriminelles Verhalten üblich gewesen sei in der Schweizer Finanzindustrie – wörtlich heisst es: Such conduct was common in the Swiss Banking Industry. Damit hat das Wegelin-Management die gesamte Schweizer Finanzindustrie in die Pfanne – das haben die Justizbehörden aber wohl beabsichtigt. Das finde ich bedenklich.

*Denken Sie da an jene Banken, welche noch im Visier der US-Behörden stehen?*

**Kunz:** Ja, das ist denkbar schlecht. Die US-Steuerbehörde hat mit Wegelin nun sozusagen einen Kronzeugen für ihre Vorwürfe. Zudem steht unabhängig davon der gesamte Finanzplatz Schweiz schlecht da. Ich könnte mir aber



Bild: ky/Ennio Leanza

**Die Einigung** mit den US-Behörden kommt fast genau ein Jahr nach Beginn der Turbulenzen bei Wegelin.

vorstellen, dass für dieses Eingeständnis – Beihilfe zur Steuerhinterziehung habe in der ganzen Schweiz System – die Busse für Wegelin geringer ausgefallen ist.

*Tatsächlich hat die UBS 2009 für das Eingeständnis eine Busse von 780 Millionen Dollar aufgebracht bekommen...*

**Kunz:** Die 57,8 Millionen Dollar Busse stuft ich als relativ gering ein. Es könnte durchaus sein, dass sie höher ausgefallen wäre, hätten die Wegelin-Teilhaber ihre eigene Branche nicht angeschwärzt.

*Die Branche wird darüber nicht gerade jubilieren...*

**Kunz:** Das Wegelin-Management um Otto Bruderer und Konrad Hummler hat mit dieser Sache seine Reputation endgültig zerstört und das Gesicht verloren – gerade in der hiesigen Bankenindustrie.

*Ist denn nun die Sache wirklich endgültig abgeschlossen und die Wegelin-Teilhaber können wieder bedenkenlos in die USA reisen?*

**Kunz:** Ich würde es Konrad Hummler und Otto Bruderer nicht anraten, in die USA zu reisen. Der Vergleich wurde ausschliesslich zwischen der Bank Wegelin und der Steuerbehörde

des Justizdepartements geschlossen. Von Privatpersonen ist nicht die Rede. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass andere Behörden gegen die ehemaligen Teilhaber vorgehen könnten.

*Interview: Sabrina Dünnenberger*



**Peter V. Kunz**  
Professor für Wirtschaftsrecht  
Universität Bern

## KOMMENTAR

### Die Branche war gewarnt

*Der Fall Wegelin endet so, wie es sich immer deutlicher abgezeichnet hatte, aber wie es Wegelin um jeden Preis vermeiden wollte. Die St. Galler Privatbank bekennt sich schuldig, bei der Betreuung von US-Kunden amerikanisches Recht verletzt zu haben, und muss eine Busse zahlen. Von der Signalwirkung her ist der Fall Wegelin vergleichbar mit dem Fall UBS im Jahr 2008. Die Schweizer Grossbank hatte damals Fehler in der Betreuung von Kunden in den USA eingeräumt. Spätestens da war klar, was ohnehin hätte klar sein sollen: Dass man sich bei juristischen Verstössen auf fremdem Boden nicht einfach mit heimischem Recht herauswinden kann. Die Banken waren also gewarnt.*

*2013 zeigt der Fall Wegelin nun: Auch die feine Schweizer Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug lässt sich international endgültig nicht mehr halten. Wegelin-Teilhaber Konrad Hummler hatte diese Unterscheidung anfangs wortgewandt vertreten. Und Wegelin hatte sich insgesamt darauf verlassen, keine eigenen Niederlassungen in den USA zu führen.*

*Doch 2008 noch tiefer ins US-Geschäft einzusteigen, so wie es Wegelin offensichtlich tat, war nicht nur riskant, sondern aufgrund der Umstände ein Himmel-fahrtskommando. Jede Bank, die bereits in den USA engagiert war – und das war Wegelin ebenfalls –, musste froh sein, nur schon ihre bestehenden strittigen Fälle klären zu können.*

*Wegelin mag nicht nur aus Gewinnüberlegungen so gehandelt haben, sondern auch, weil sie ausländische Kunden des Schweizer Finanzplatzes nicht im Regen stehen lassen wollte. Doch sie wusste um die wahrscheinlichen Folgen. Ihr bitteres Ende muss sie daher still und klaglos hinnehmen.*

*Thorsten Fischer*  
thorsten.fischer@tagblatt.ch

## Zentralbank isoliert den Vatikan

Italiens Notenbank sperrt sämtliche Kreditkartengeschäfte im Vatikan. Der Staat halte sich weder an internationale Standards, noch kooperiere er bei Verdacht auf Geldwäscherei.

WOLF H. WAGNER

**ROM.** Die italienische Staatsbank hat den elektronischen Zahlungsverkehr für den gesamten Vatikanstaat gesperrt. Dies sei eine Massnahme der Banca d'Italia, um der Geldwäsche im Vatikan zu begegnen. Die Deutsche Bank Italia, die den elektronischen Zahlungsverkehr innerhalb des Vatikans verwaltet, musste die Massnahme widerspruchslos akzeptieren. Federico Lombardi, Sprecher des Heiligen Stuhls, bestätigte die Sperrung ohne weiteren Kommentar. Er erklärte lediglich, der Vertrag mit dem Finanzdienstleister sei Ende 2012 ausgelaufen.

### Kein Geld mehr mit Kreditkarte

Rechtlich gilt das kleine Gebiet innerhalb der italienischen Hauptstadt als exterritorial – sämtliche Wirtschaftstätigkeiten, darunter auch Finanztransaktionen,

entziehen sich folglich der Kontrolle der italienischen Behörden. Nach deren Ansicht erfüllt der Vatikanstaat nicht die internationalen Standards zur Kontrolle von Geldwäsche. So habe zum Beispiel der Finanzdienstleister Deutsche Bank Italia zu keinem Zeitpunkt bei den italienischen Finanzbehörden um die erforderliche Genehmigung ersucht, den elektronischen Zahlungsverkehr im Gebiet des Vatikans betreiben zu dürfen. Dies sei aber ein «unbedingt erforderlicher Schritt» gewesen, erklären die italienischen Finanzaufsichtsbehörden.

Ab 1. Januar konnte also weder mit EC- noch mit Kreditkarten anderer Institute als der Vatikanbank IOR auf dem Gelände des Vatikans bezahlt werden. Auch Internet-Bestellungen von Eintrittskarten für die Museen der katholischen Kirche schlugen

fehl. Hier nahm der Vatikan 2011 – bei fünf Millionen Besuchern – umgerechnet 110 Mio. Fr. ein.

### Auf dem richtigen Weg

Mit IOR-fremden Kreditkarten kann nun auch nicht mehr in der Apotheke des Vatikans, in dem nur für Leute mit besonderem Ausweis zugänglichen Supermarkt oder in speziellen Bekleidungs- und Haushaltstechnikläden des Kirchenstaats bezahlt werden.

Mit der jetzt ergriffenen Massnahme tragen die italienischen Finanzbehörden der immer wieder auftauchenden Kritik Rechnung, insbesondere das Geschäftsgebahren des Istituto di Opere Religiose – so der offizielle Name der Vatikanbank –, erfülle nicht die Anforderungen der Anti-Geldwäsche-Regeln. Die europäische Überwachungsorganisation

Moneyval hatte der IOR in ihrem letzten Bericht zwar bescheinigt, dass der Vatikan «auf dem richtigen Weg sei», jedoch auch bemängelt, dass sieben von 16 Kriterien zur Überwachung von Geldwäsche noch nicht erfüllt seien.

### Verdacht auf Mafiageschäfte

Mit der Veröffentlichung geheimer Papiere des Papstes war auch die Bank des Heiligen Stuhls wieder in Verdacht geraten, an nicht legalen Geschäften zwischen italienischen Unternehmen und dem organisierten Verbrechen beteiligt zu sein. Die Vatikan-Behörden ihrerseits verwehren der Anti-Mafia-Aufklärung den Zugang zu Dokumenten. Die Zusammenarbeit wird abgelehnt, weil es sich beim Kirchenstaat um ein souveränes Gebilde handle, das nicht den italienischen Strafverfolgungsbehörden unterstehe.

## Milliardenbusse für Transocean

**ZUG.** Das Tiefsee-Ölbohrunternehmen Transocean hat mit dem US-Justizministerium eine Einigung zur Ölkatastrophe im Golf von Mexiko erzielt. Der in Zug beheimatete und an der Schweizer Börse kotierte Konzern hat sich zur Zahlung von 1,4 Mrd. \$ verpflichtet, wie er gestern abend bekanntgab. Zuvor hatte das «Wall Street Journal» über die Einigung berichtet. In der Folge hatte der Transocean-Aktienkurs in den letzten Handelsminuten um über 10% zugelegt.

Mit dem Abkommen würden ausstehende Zivil- und potenzielle Strafklagen aus dem Unfall beseitigt, hiess es in dem Communiqué. Transocean war Besitzer einer Ölplattform im Golf von Mexiko, deren Explosion im Frühling 2010 mehrere Tote forderte und vor der Küste des US-Staats Louisiana eine Umweltkatastrophe auslöste. Das Unternehmen hatte zur Begleichung von Schadenersatzansprüchen 2 Mrd. \$ zurückgestellt. (sda)